

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Bayr, MA MLS, Dr. Helmut Brandstätter,
Kolleginnen und Kollegen

betreffend politisch willkürlich motiviertes Vorgehen gegen den Istanbuler Bürgermeister Imamoglu

eingebracht im Zuge der Debatte zu Top 15 / Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den
Außen- und Europapolitischen Bericht 2021 der Bundesregierung (III-770/1766 d.B.)

In der Türkei wurden von Präsident Erdogan in den letzten Jahren rund 50 demokratisch gewählte
Bürgermeister von ihren Ämtern abgesetzt und teilweise verhaftet. Dieser Verstoß gegen
rechtsstaatliche Grundsätze wurde u.a. von der Venedig Kommission des Europarates, dem
Europäischen Parlament und internationalen Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert.

Gestern wurde der amtierende Istanbuler Oberbürgermeister Ekrem Imamoglu von einem
Strafgericht zu einer Haftstrafe und einem Politikverbot verurteilt. Ein Istanbuler Gericht verhängte
über ihn wegen der angeblichen Beleidigung der Wahlkommission im Jahr 2019 eine Haftstrafe von
zwei Jahren und sieben Monaten. Imamoglus Anwalt hat gegen das Urteil Berufung angekündigt.
Türkische Oppositionelle bezeichnen den Prozess als politisch motiviert. Imamoglu gilt als möglicher
Gegenkandidat von Präsident Erdogan bei der Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale
Angelegenheiten wird aufgefordert, sich umgehend auf bilateraler Ebene gegen das politisch
willkürliche Vorgehen gegen den demokratisch gewählten Istanbuler Oberbürgermeister Imamoglu
und dessen drohende Verhaftung auszusprechen und sich nachdrücklich für die Einhaltung der
Menschenrechte, der Meinungsfreiheit und rechtsstaatlicher Prinzipien in der Türkei einzusetzen.
Darüber hinaus wird die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und
internationale Angelegenheiten aufgefordert, alle Fälle von willkürlich inhaftierten
Menschenrechtsverteidiger*innen, Anwält*innen, Journalist*innen, Politiker*innen und
Akademiker*innen weiterhin gegenüber der Türkei zur Sprache zu bringen und sich für deren
Freilassung und Rehabilitation einzusetzen.“

TROCH
HOCHZIEHEN

